AZ FL-9494 Schaan

113. Jahrgang Nr. 32

Samstag, 9. Februar 1991

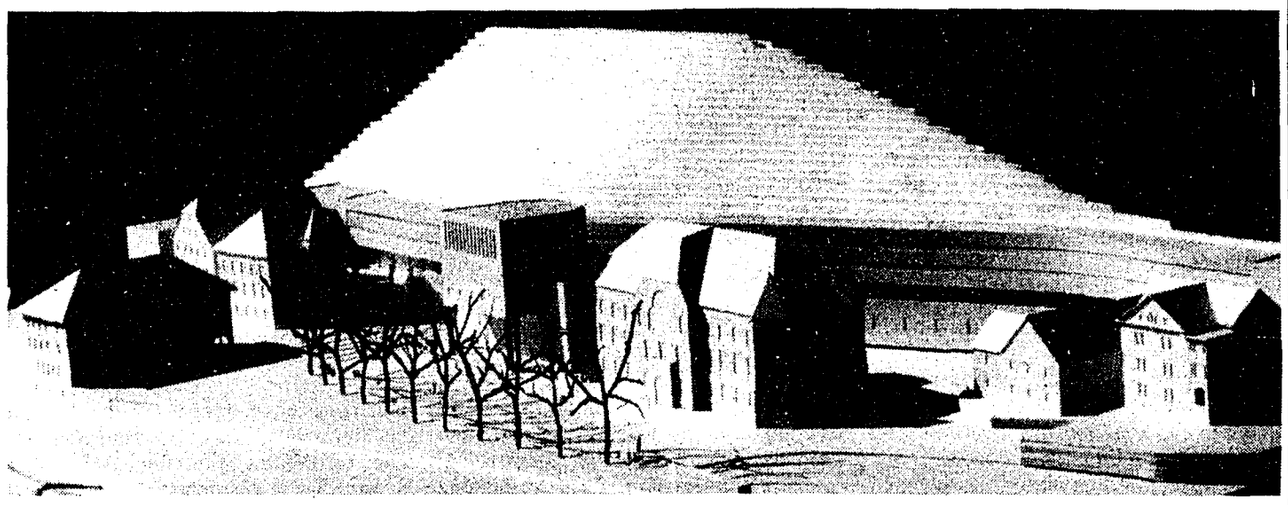
Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Für das geplante Regierungsviertel fehlt noch ein Stück Boden

Regierungschef Hans Brunhart bestätigte am Pressegespräch, dass die bisherige Planung ohne vollständigen Bodenbesitz erfolgt ist

(G.M.) – **Mitte der achtziger Jahre hat die Regierung gemeinsam mit der Gemeinde Vaduz einen internationalen städtebaulichen Ideenwettbewerb für die Neugestaltung des Regierungsviertels durchgeführt, der als einen zentralen Punkt die Errichtung eines Landtagsgebäudes vorsah. Mit der Eröffnung und Inbetriebnahme des neuen Landtagsgebäudes sei, so liess die Regierung 1989 in einer offiziellen Mitteilung verlauten, sei «im Herbst 1992 zu rechen.» Der damals gesetzte Zeitrahmen kann mit Sicherheit nicht mehr eingehalten werden, weil Regierungschef Hans Brunhart am Pressegespräch vom Dienstag erneut bestätigen musste, dass er immer noch nicht im Besitze des gesamten Grundstücks sei, auf dem die Überbauung des Regierungsviertels realisiert werden soll.**



Am Regierungsviertel wird zwar weiter geplant, doch fehlt für die Verwirklichung der Planung immer noch ein Stück Boden. Unser Archivbild zeigt die ursprüngliche Planung mit dem neuen Landtagsgebäude neben dem Regierungsgebäude. Inzwischen sind nach der Aeule-Abstimmung in Vaduz gewisse Änderungen vorgenommen worden, weil der Verkehr vorerst weiterhin durch das Städtle rollen soll.

Weil das künftige Regierungsviertel nicht nur mit dem landeseigenen Grundstück, sondern auch mit fremdem Boden geplant wurde, ist der ursprüngliche Zeitplan durcheinandergeraten. Neben dieser recht eigenartigen Methode, dass die Regierung als Bauherrschaft ein Projekt ausarbeiten lässt, ohne im Besitz des erforderlichen Grundeigentums zu sein, hat auch die Abstimmung über das verkehrsfreie Städtle zu einer zeitlichen Verzögerung geführt. Am 9. November 1989 teilte die Regierung in einer Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der Öffentlichkeit mit, dass «zu Beginn des Jahres 1990 das Baugesuch für das Landtagsgebäude formell bei der Gemeinde Vaduz eingereicht» werde. Am Pressegespräch musste Regierungschef Hans Brunhart auf eine entsprechende Frage erklären, dass bisher noch keine Baugesuch eingereicht werden konnte. Der für den «Frühsommer 1990» vorgesehene Bericht und Antrag an den Landtag über das Gesamtprojekt wurde damit vorerst hinfällig, wie Regierungschef Brunhart weiter bestätigte.

Die Planung für das sogenannte Regierungsviertel lief jedoch weiter, obwohl die Regierung immer noch nicht im Besitze des erforderlichen Grundstückes ist. Vor fast einem Jahr, am 28. März 1990, gab Regierungschef Brunhart auf eine Anfrage zu verstehen, dass mit der Fürst von Liechtenstein-Stiftung entsprechende Verhandlungen stattgefunden hätten und ausgearbeitete Verträge bei der Regierung zur Genehmigung vorliegen würden. Inzwischen ist beinahe ein Jahr vergangen, ohne dass diese Verträge unterzeichnet werden konnten. Regierungschef Brunhart erklärte am Pressegespräch, dass die Fürst von Liechtenstein-Stiftung «grundsätzlich bereit» sei, den erforderlichen Boden abzutreten. Ob die Abtretung des Bodens, mit dem während Jahren als fremdem Besitztum geplant worden ist, im Rahmen eines Kaufes, eines Tausches oder durch Abtretung im Baurecht erfolgen wird, erscheint nach den Worten des Regierungschefs derzeit noch offen. Jetzt sei ein Konsens möglich, unterstrich er erneut, und gab bekannt, dass dem Landtag eine entsprechende Vorlage im Frühjahr vorliegen werde. Ausserdem betonte er nochmals, dass die Planung des Regierungsviertels «in enger Zusammenarbeit» zwischen Regierung und Landtagskommission erfolgt sei, obwohl Mitglieder dieser Landtagskommission schon vor einem Jahr ausdrücklich festgehalten hatten, dass diese Aussage nicht den Tatsachen entspreche. Die Landtagskommission hat sich nach diesen Äusserungen nur mit der Gestaltung des Landtagsgebäudes befasst, nicht jedoch mit der gesamten Überbauung.

Wo liegen die Probleme?

Auf die Frage, wo denn die Probleme zwischen Regierung und Fürst von Liechtenstein-Stiftung liegen würden, die bisher einen Abschluss über den bereits verplanten Boden verhinderten, gab Regierungschef Hans Brunhart am Pressegespräch zu verstehen, dass er über Verhandlungen nicht in der Öffentlichkeit diskutiere. Nochmals aber betonte er, dass die «grundsätzliche Bereitschaft» der Stiftung bestehe, das für die Realisierung des Regierungsviertels notwendige Grundstück abzutreten. Keine konkrete Antwort erhielten die Pressevertreter auch auf die Frage, ob die Regierung eher einen Kauf, einen Tausch oder die Abtretung im Baurecht bevorzugen würde.

Hingegen gab Regierungschef Hans Brunhart zu verstehen, dass mit der Gemeinde Vaduz in absehbarer Zeit Gespräche über die künftige Verkehrsplanung im Zentrum, über die Parkierung und über die Ausgestaltung des öffentlichen Verkehrs in Vaduz stattfinden sollen. Nachdem lange Zeit der «schwarze Peter» immer wieder der Gemeinde Vaduz zugeschoben worden ist, sollen nun «neue Denkansätze» gesucht werden.

KOMMENTAR

Wenn nicht sein darf, was nicht sein sollte

Mit Zahlen oder Statistiken, spöttelt oft der Volksmund, lasse sich alles beweisen. Gemäss dieser Devise ist die VU dem Wahlresultat über die Bürgermeisterwahl in Vaduz zu Leibe gerückt.

Nach offiziellen Angaben erreichte Bürgermeister Arthur Konrad (FBP) im ersten Wahlgang einen Anteil von 49,5 Prozent der gültig abgegebenen Stimmen, womit er die erforderliche absolute Mehrheit nur um 10 Stimmen verfehlte, obwohl sich insgesamt vier Kandidaten um das Amt des Bürgermeisters beworben hatten. Diesem Ergebnis hält der Vaduzer VU-Obmann Franz Wachter, der das relativ bescheidene Abschneiden des VU-Kandidaten zu bemänteln suchte, seine private Rechnung entgegen, dass Bürgermeister Konrad nur 37 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Wie kommt dieser Unterschied zustande? Zur Ermittlung des Wahlresultates gelten nach dem Wahlgesetz nur die gültig abgegebenen Stimmen, womit leere und ungültige Stimmen aus dem Rennen fallen. Auch jene Bürgerinnen und Bürger, die wegen Abwesenheit nicht zur Entscheidung beigetragen haben, werden zur Ermittlung des Wahlergebnisses nicht beigezogen. Sie können auch nicht, denn wer seinen Willen mit dem Stimmzettel nicht kundtut, der fällt bei der Ermittlung des Ergebnisses ausser Betracht.

Eine ganz andere Auffassung, die weitab von den Bestimmungen des Wahlgesetzes angesiedelt ist, vertritt die VU-Ortsgruppe Vaduz. Um auf das magere Ergebnis von 37 Prozent zu kommen, zählt sie offenbar die Nichtstimmenden vom eigentlich Wahlergebnis ab oder rechnet die Anteile anhand der Zahl aller Stimmberechtigten aus. Das Gesetz erachtet diese Art der Rechnerei als nicht statthaft, doch für die VU-Propaganda zählen offensichtlich nicht gesetzliche Bestimmungen, sondern der Erfolg einer mehr als zweifelhaften Kampagne. Allerdings wird dieses eigenartige Rechenexempel nur bei Gelegenheiten angewendet, die für die VU-Propaganda vielversprechend erscheint. So wurde beispielsweise die VU-Mehrheit bei den letzten Landtagswahlen nicht nach diesen Gesichtspunkten untersucht und bewertet – ein Regierungchef, der nur von einer Minderheit getragen wird, geziemt sich für die stramme VU-Propaganda nicht.

Den Anteil von 49,5 Prozent der gültigen Stimmen, den Bürgermeister Arthur Konrad im ersten Wahlgang erzielte, bezeichnete der VU-Obmann Franz Wachter als «ein sehr schlechtes Resultat, das schlechteste wahrscheinlich, das je ein Amtsinhaber in unserem Lande erzielte.»

Gegen so viel Geistlosigkeit, die sich nicht nur in dieser Interpretation äussert, sondern auch in der Art der Verbreitung, vermag nicht einmal das Wahlgesetz etwas auszurichten. Die Empfehlung, die Urheber und die Verbreiter solcher Gedankengänge sollten einmal die gesetzlichen Bestimmungen studieren, dürfte wohl sinn- und nutzlos sein. (G.M.)

Berufsolympiade 1991: Vorbereitungen laufen auf Hochtouren

Vorausscheidungen abgeschlossen – Beschickung in vorraussichtlich 9 bis 10 Berufen – Am 26. Juni geht's ab nach Amsterdam

Schon bald haben junge liechtensteinische Berufsleute wieder Gelegenheit, ihr Leistungsvermögen auf internationaler Ebene unter Beweis zu stellen. Von seiten des Nationalen Komitees der Internationalen Berufswettbewerbe (IBW), auch Berufsolympiade genannt, wurden die Vorausscheidungen in diesen Tagen abgeschlossen, die letzten Auswertungen sind noch im Gang. Das Kandidaten- sowie das Expertenteam stehen grösstenteils, sie werden der Regierung zur offiziellen Entsendung vorgeschlagen. Wird dieser Vorschlag genehmigt, was zu erwarten ist, geht es für unsere voraussichtlich 9–10köpfige Mannschaft am 26. Juni ab nach Amsterdam.

Wie uns der Technische Delegierte der IBW Josef Nigsch auf Anfrage erklärte, konnten sich während der vergangenen Monate voraussichtlich 9 bis 10 KandidatInnen aus verschiedenen Berufen in Industrie und Gewerbe in harten Ausscheidungen für den Kandidatenvorschlag qualifizieren. In Vorausscheidungen in der Schweiz, in Österreich, in Deutschland sowie hier im Land wurden in friedlichem, aber dennoch hartem Wettstreit diejenige KandidatInnen erkoren, welche unser Land und ihre Betriebe an der 31. Auflage des weltweit grössten beruflichen Kräftemessens vertreten werden sollen, welches vom 29. Juni bis zum 2. Juli dieses Jahres auf dem RAI-Messegelände in Amsterdam stattfindet.

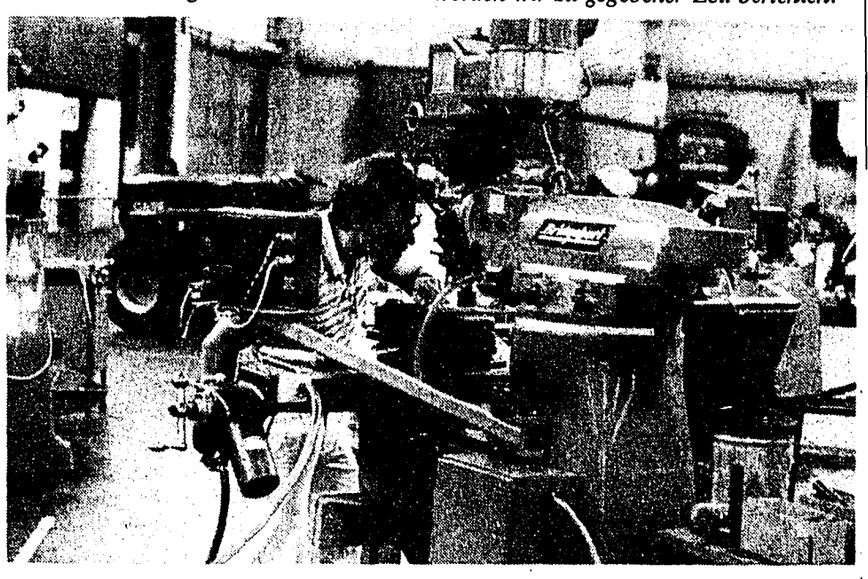
Davor harte Arbeit

Bevor es jedoch zur Abreise kommt, müssen sich die Qualifizierten in den kommenden Wochen und Monaten immer wieder unter Beweis stellen. Die intensive Vorbereitungszeit wird für unsere jungen Berufsleute in den kommenden Tagen beginnen, wie uns Josef Nigsch weiter erklärte. In insgesamt drei bis vier kompletten Prüfungsaufgaben, die den Richtlinien der IBW entsprechen und nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre erstellt wurden, werden die KandidatInnen über eine lange Zeit ihr praktisches Können verbessern können. Dafür sorgen unter anderem auch die Mitglieder unseres Betreuer- und Expertenteams, die den jungen Leuten mit Rat und Tat zur Seite stehen und ihnen den Rücken stärken. Denn die in den vergangenen Jahren gemachten Erfahrungen haben gezeigt, dass in diesen Wettbewerben, in denen die Weltelite die Berufsbesten erkürt, nur bestehen kann, wer neben den beruflichen Kenntnissen auch gute Nerven und ein gesundes Selbstvertrauen besitzt.

Erfolgreiche LiechtensteinerInnen

Berufswettbewerbe wurden erstmals im Jahre 1950, damals nur zwischen Spanien und Portugal durchgeführt. Das war die Wiege der sogenannten Internationalen Berufswettbewerbe, denn im Jahre 1952 gesellten sich den beiden Ländern noch England, Deutschland, Frankreich und die Schweiz hinzu, und seither wird die Liste der teilnehmenden Staaten immer länger, dieses Jahr sind es deren 25. Liechtenstein nahm erstmals im Jahre 1968 an diesen Wettbewerben teil, damals mit drei Kandidaten, von denen gleich zwei einen Erfolg verbuchen konnten (Bronzemedaille für Ewald Kranz, Leistungsurkunde für Michael Biedermann). An diese Erfolge konnten liechtensteinische Berufsleute seit dieser Zeit immer wieder anknüpfen. Von den bisher 91 TeilnehmerInnen aus unserem Land wurden nicht weniger als 6 Gold-,10 Silber- und 13 Bronzemedaillen sowie insgesamt 24 Leistungsurkunden mit nach Hause gebracht. Dies entspricht einer Erfolgsquote von 32% bei den Medaillen und 26% bei den Leistungsurkunden, die nur vergeben werden, wenn der Abstand zur Bronzemedaille sehr gering ist und die Leistung insgesamt auf einem hohen Niveau liegt. Diese Zahlen zeugen neben den erbrachten persönlichen Leistungen natürlich auch von einem sehr hohen Ausbildungsstandard in unserem Land im internationalen Vergleich. Natürlich hofft man beim nationalen IBW-Komitee, auch dieses Jahr wieder an frühere Erfolge anknüpfen zu können, eines ist jedoch jetzt schon sicher, alle Beteiligten werden ihr Bestes geben. (wan)

Über den weiteren Verlauf der Dinge werden wir zu gegebener Zeit berichten.



Vom 29. Juni bis zum 2. Juli werden an den Internationalen Berufswettbewerben in Amsterdam wiederum junge liechtensteinische Berufsleute um internationale Ehren kämpfen. Unser Bild zeigt Stefan Sohler, der vor zwei Jahren in England eine Bronzemedaille holte.